

## Die Wiener Straßenbahnkatastrophe.

Von Dr. Rudolf Ritter v. Schwarz-Diller.  
Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 3. August.

Wir haben es in der Obmännerkonferenz nicht glauben wollen, und gestern hat es auch der Stadtrat nicht glauben gekonnt, daß wir zu allen anderen Wiener Krisen nun noch eine schwere Verkehrskrise erhalten, die schon fast eine Verkehrskatastrophe genannt werden muß. Es hätte nicht so weit kommen müssen, dachte ein jeder bei sich, bestimmte Säumnisse können wir wohl nicht zum Vorwurfe machen; bei der Kompliziertheit der städtischen Verwaltung aber, bei dem Fehlen einer ernstlichen und wirklichen Kontrolle der städtischen Betriebe durch die Mandatäre der Bevölkerung ist ein richtiges Urteil schwer zu bilden. Nachteile der Kommunalisierung! Ergebnisse der erstarkenden Beamtenherrschaft! Fehler des Gemeindestatuts! Wir aber blicken neidisch auf andere große und kleine Städte und sehen, daß es dort geht. Warum bei uns nicht? Dabei sind wir auf manchen Gebieten recht tüchtig und verfügen auch über merkwürdig viel Personal. So kommen aus den verschiedensten bürgerlichen Kreisen laute und gerechtfertigte Klagen über die merkwürdige, an die Umgangsformen der Ukraine erinnernde Art, mit welcher Beamte des städtischen Exekutionsamtes gegen Wiener Parteien vorgehen, bei denen sie auf Grund irgendwelcher anonymen Anzeigen Sicherstellungen für angebliche zu Recht bestehende, aber noch nicht vorgeschriebene Kriegsgewinnsteuern vornehmen. Da wird am frühen Morgen zu dritt in die Wohnung eingebrungen, und der Schwerverbrecher rücksichtslos dem Schlafe entrissen. Ich habe mich sehr gewundert, daß der freigewählte Bürgermeister der Stadt Wien seine eigenen Beamten derart gegen die Bürger seiner Stadt mobilisieren läßt. Von den Beamten der Stadt hätten wir besseres erhofft. Allerdings glänzt der Uebermut der Aemter am höchsten, wenn ihre Verwaltungskunst versagt, und Steuerschikane und Hausfriedensbruch ist einfacher, leichter und erfolgreicher als die Lösung von Approvisionierungs- und Verkehrsfragen.

Zu Entschuldigung der drohenden Verkehrskatastrophe hat der Straßenbahndirektor in erster Linie zwei Ursachen angeführt: Material- und Personalmangel. In beiden ist Abhilfe möglich, wie er selbst zugeben mußte; in beiden Fragen handelte es sich lediglich darum, ob der Einfluß der Stadt Wien beim Kriegsminister wirksam ist oder nicht. Ich will von den 30 Millionen militärischer Freifahrer nicht reden, welche die Straßenbahn jetzt im Jahre zu befördern hat, aber ganz abgesehen davon, daß die Straßenbahn veritable Kriegsdienste leistet und eine (wenn auch nicht unter militärischer Leitung stehend) der allerbesten Kriegsbahnen sozusagen ist, muß es als grobes Versehen der Militärverwaltung angesehen werden, wenn sie es in der Hauptstadt des Reiches bis zu einer Verkehrskatastrophe ankommen läßt. Die Straßenbahn braucht Arbeiter in der Hauptwerkstätte, um verdorbene Wagen zu reparieren; die Militärverwaltung gibt keine solchen frei. Die Straßenbahn braucht Material aus dem In- und Auslande; sämtliche Kompetenzen bemühen sich sofort, die Beschaffung zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. Wie weit allerdings Gemeindeverwaltung und Straßenbahnverwaltung an diesen Verhältnissen mitschuldig sind, läßt sich nicht beurteilen. Es ist einigermaßen schwer verständlich, daß sich die Verwaltung der ersten Stadt Oesterreichs diesen Kompetenzen gegenüber nicht durchsetzen kann.

Ueber die Bedeutung einer starken Einschränkung, oder gar teilweisen Einstellung des Straßenbahnverkehrs noch viel zu sprechen, wäre wohl Zeitvergeudung; dies dürfte wohl jedermann ohne Kommentar einleuchtend sein. Ein einziges Moment nur möchte ich selber hervorheben, daß jede Verkehrseinschränkung die Wildwestmanieren im Straßenbahnverkehr noch vergrößern würde. Wenn Linien eingestellt werden, wird die Frequenz der anderen steigen, die Ueberfüllung wird noch entsetzlicher werden. Im Gegenteil, die Wiener Gemeindeverwaltung sollte dahin trachten, daß der Stadtbahnverkehr ausgedehnt würde und daß auch der Donaukanal, der öde Donaukanal (einer der großen Skandale im modernen Wien) als Verkehrsstraße in Verwendung käme, damit die Straßenbahn entlastet werde und nicht mehr das einzige Verkehrsmittel in Wien bleibe. Auch die Wiederaufnahme des Automobilomnibusverkehrs sollte in Erwägung gezogen werden; dafür könnte man das unnötige Automobilfahren von Zivil- und Militärautomobilern viel mehr beschränken. Man darf aber nicht einzig und allein Verbesserungen und Reformen in Verschlechterungen suchen. Man darf nicht unbeschränkt herrschen und dann das Publikum leiden lassen. Militär- und Zivilverwaltung muß die Bedeutung der Wiener Straßenbahn erkennen. Wenn die Straßenbahn Millionen von Soldaten befördert, wenn sie den Postdienst in hervorragender Weise entlastet und wenn sie in der Approvisionierung wirklich Unvorhergesehenes leistet, dann muß man auch ihren notwendigsten Bedürfnissen an Material und Personal gerecht werden.

Die Straßenbahn in Wien ist kein Wiener Interesse allein; sie ist eine österreichische Angelegenheit.

Die Vorschläge der Straßenbahndirektion erscheinen mir in ihrer jetzigen Fassung zum größten Teile unannehmbar. Sowohl die Einstellung der meisten vorgeschlagenen Linien, als auch insbesondere der frühere Betriebschluß am Abend würden das ohnehin schwierige und nach jeder Richtung gedrosselte Leben in der Zweimillionenstadt noch unerträglicher machen. Besonders gegen den Abend- und Frühnachverkehr wird leider in demagogischer Weise seit langem gehehrt. Als ob die ganze Welt aus Kriegsgewinnern und Nachtbummlern bestünde! Ein Blick in die Mehrzahl der Wagen aber lehrt, daß es hauptsächlich arbeitende Menschen wären, welche ein vorzeitiger Betriebschluß hart treffen würde. Die Einstellung von Linien könnte, aber nur dann, wenn sie unbedingt notwendig ist, für gewisse „Spitzen“ bestimmter Linien zur Anwendung kommen. In der Stadt selbst könnte auf keine Linie verzichtet werden.

Jedenfalls — ich kenne und nenne keine Schuldigen — diese Verkehrskatastrophe hätte uns Wienern erspart bleiben können. Sie ist, zum mindesten im gegenwärtigen Zeitpunkt, keine unbedingt notwendige Kriegsfolge.